

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

WAS KOMMT NACH DEM SOMMERLOCH?

Steuermilliarden für weitere Profite des Finanzkapitals – massive Einsparungen bei den arbeitenden Menschen.

Dieses System verschlechtert immer mehr die Existenzbedingungen der Menschheit. Es bringt unvermeidbar schwere Krisen, Zerstörung der Umwelt, Unterdrückung und Krieg mit sich.

VERSCHULDUNG UND SPEKULATION

Griechenland ist bei weitem nicht das erste Opfer der Krise. Schon davor wurden mehrere Länder Osteuropas mit Milliarden vor dem Staatsbankrott bewahrt. Die hohe Staatsverschuldung Griechenlands (und anderer südeuropäischer Länder und Irlands) hängt vor allem mit der wirtschaftlichen Schwäche dieser Länder gegenüber den größeren und stärkeren Industrienationen Europas zusammen, allen voran gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland. Deutschland bildete schon 2009 mit fast allen EU-Mitgliedern Handelsüberschüsse aus. Griechenland steht bei deutschen Finanzinstituten mit 45 Milliarden Dollar in der Kreide, bei Frankreich im Übrigen mit 75 Milliarden Dollar! Spanien z.B. hat bei deutschen Banken 240 Milliarden US-Dollar Schulden, Irland 193 Milliarden. In der Vor-Eurozeit war es für Staaten durch Abwertung ihrer Landeswährungen möglich die Waren zu verbilligen und damit ihre Exporte zu erhöhen. Damals war auch der Umfang der Spekulation noch nicht so groß. Heute wird diese Verschuldung durch Spekulanten, die die Finanzkrise überhaupt erst ausgelöst haben, verstärkt. Die ungeheuren Kredit-spekulationsgeschäfte auf eben diese Staatsschulden, jetzt auf

die griechischen Staatsanleihen, bringen dem Finanzkapital hohe Gewinne, für diese dadurch noch anwachsenden Schulden sollen nun „die Griechen“ zahlen, d.h. wie immer das Volk. Doch die Griechenlandkrise ist nur ein Symptom, die Spitze des Eisbergs! In Wahrheit sind die Krisen, die wir sehen, von der Immobilienblase und der Bankenkrise in den USA 2008 bis heute Aus-



druck der immer weiteren Ausdehnung des Großkapitals, Bestrebungen des Finanzkapitals weltweit, seine Profite noch weiter zu erhöhen. Es ist das Zeichen, dass eine Handvoll Superreiche (1/10 Prozent) der Menschheit Milliarden von Dollars und Euros scheffeln, und zwar auf Kosten von über 99% der 6 Milliarden Menschen auf dieser Welt, denen dies Inflation, Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Preiserhöhungen u. Steuererhöhungen, Armut, Sozialabbau bis hin zum Ruin ihrer Existenz bringt. Die Kapitalisten verteuern durch Spekulationen auf die wichtigsten agrarischen Rohstoffe wie z.B. Weizen und andere Waren, Rohstoffe wie Erdgas und Erdöl auch direkt

diese Güter. Ein Experte beziffert den derzeitigen Spekulationsanteil am Ölpreis mit ca. 35% - 40% (*St.Bukold in: EnergyComment, April 2010*)

Das Finanzkapital als höchste und letzte Form des Kapitals - entstanden schon aus den ungeheueren Profiten der Realwirtschaft, also aus der Aneignung des Wertes der Arbeit der Menschen, kennt keine Schranken, keine Grenzen, es macht sich, wenn es kann, die ganze Welt zu eigen, es nimmt um des Profites Willen Krisen, Kriege, Arbeitslosigkeit und die Zerstörung der Umwelt, wie jetzt drastisch durch die Ölkatastrophe in den USA sichtbar, in Kauf. Das sog. Rettungspaket für Griechenland, das seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann, schützt, so heißt es von Seiten der Politik u. Wirtschaft, den Euro, es schützt, wie es die deutsche Kanzlerin A. Merkel sagte, „das Geld der Menschen in Deutschland“ oder wie Finanzminister Pröll sagte:... „die Milliarden an österreichischen Steuergeldern, (die hier, so wie bei den österreichischen Banken so großzügig ausgegeben wurden), sind im Interesse von Herrn und Frau Österreicher notwendig und sichern Arbeitsplätze.“ Glaubt ihm das noch wer?

GEWINNE FÜR DIE REICHEN - VERLUSTE ZAHLT DAS VOLK

Der Chef des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), Hans-Werner Sinn, sagte: Das 750 Milliarden Euro-Rettungspaket „helfe vor allem auch den Ban-

ken, die in Griechenland investiert hätten – also den Spekulanten. Diese hätten auf die Rettung gedrängt, weil der Wert der Wertpapierforderungen gegenüber Schuldenländern weiter zu fallen drohte.“ (Presse: 21.5.2010) Und Kurier- Kommentator Peter Rabl schrieb u.a. über die Griechenlandhilfe: „...einmal mehr wurden viele europäische Banken aus höchst fahrlässig eingegangenen Risiken herausgeholt, ihre Gewinne und Boni sprudeln schon wieder, ihre neuerlich drohenden Verluste wurden einmal mehr den Staaten und ihren Bürgern aufgelastet.“ (Kurier 23.5.2010) Selbst der gerade zurückgetretene deutsche Bundespräsident Köhler, früher Präsident des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), kritisiert nun den Finanzkapitalismus scharf, „der riesige Gewinne gemacht hat, die Verluste muss die Allgemeinheit tragen“. Für das Finanzkapital, für die Finanzaie, Anleger, Milliarden, Banken, Konzerne ist die Spekulation auf Staatsanleihen ein sicheres Geschäft: Sie wetten z.B. darauf, dass die griechischen Staatsanleihen, ebenso wie Staatsanleihen anderer Staaten, weiter runter gehen. Und sie können fest damit rechnen, dass die Regierungen Milliarden an Steuergeldern aufwenden, um die Schulden abzudecken. Sie können davon ausgehen, dass die Regierungen letztlich ihre Agenten sind, die für sie, diese 1%, weiter ihr spekulatives Geschäft sichern, ja mit betreiben. Sie bürden die Lasten, die Kosten der Masse der Bevölkerung, auf, sie reduzieren weiterhin die Überlebensmittel ihres eigenen Volkes anstatt wirkliche Maßnahmen zur Reduzierung der Profite des Finanzkapitals durchzuführen!

DEREGULIERUNG

Seit den 1970 er Jahren kam es schrittweise zur Deregulierung der US-Finanzmärkte, d.h. zu noch besseren Bedingungen für die Finanzspekulation. Ein neuer Höhepunkt dazu in den USA war das Jahr 1999! Damals, Amtszeit Clinton, wurde das Finanzdienstleistungsmodernisierungsgesetz beschlossen. Einer der Hauptbetreiber des Gesetzes war Clintons Finanzminister Laurence Summers. Erst durch dieses Gesetz „konnten Handelsbanken, Brokerhäuser, Hedgefonds, institutionelle Investoren, Pensionsfonds und Versicherungsunternehmen sowohl frei in Geschäftsbereiche der jeweils anderen investieren als ihre finanzielle Operationen

untereinander voll integrieren“. (Chossudovsky). Summers nannte dieses Gesetz die „legislative Grundlage des Finanzsystems des 21. Jahrhunderts.“ Mit diesem Gesetz wurde die Bankkontrolle weitgehend abgeschafft. Laurence Summers ist nun Chef des Nationalen Wirtschaftsrates von Obama. Weiters ist er Berater bei Goldman Sachs und Direktor eines Hedgefonds. 1999 wurde ein anderes wichtiges US-Gesetz, das das Finanzkapital behinderte, aufgehoben, der „Glass-Stegall Act“.



Dieses Gesetz schrieb eine strenge Trennung von Investmentbanken und Geschäfts/Handelsbanken vor, also Banken, die Kundengelder verwalten. Der Sinn war, dass damit die Spekulation mit Spareinlagen des kleinen Mannes verhindert wurde. Weiters untersagte es Insiderkredite von Banken an ihre Partner. Das Gesetz stammte aus der Weltwirtschaftskrise von 1933, die in den USA u.a. zu mehr als 5000 Bankenpleiten geführt hatte. Seit 1999 waren nun die gesetzlichen Voraussetzungen für die ungehinderte Spekulation des Finanzkapitals besser als je zuvor. Seit damals nahmen auch die sog. Credit Default Swaps (CDS) massiv zu. Es sind Versicherungen auf Kreditrisiken, die zunehmend dazu verwendet wurden, auf Kreditausfälle zu spekulieren und zwar auch wenn der Käufer dieser Papiere keinerlei Ansprüche an das betreffende Unternehmen und auch keine diesbezüglichen Schuldverschreibung hat. Ein Banker hat das Ganze einmal so beschrieben: „Es ist wie der Abschluss einer Feuerversicherung auf das Haus ihres Nachbars.“ (F.W.Engdahl: „Die globale Krise“) D.h. es wird darauf spekuliert, dass das Haus abbrennt u. je mehr darauf spekuliert, d.h. gewettet wird, umso mehr Gewinn habe ich, wenn

das Haus wirklich abbrennt! Die CDS wurden und werden auch dafür verwendet, auf die Wahrscheinlichkeit des Bankrotts eines ganzen Landes zu wetten, wie z.B. vor einigen Jahren bei Argentinien. Das Volumen der CDS wurde schon 2008 auf über 60 Billionen Dollar geschätzt, die als sog. faule Kredite bei den Banken liegen. Verantwortlich für die Aufhebung des Gesetzes, des oben erwähnten „Glass-Stegall Acts“ war 1999 Robert Rubin, auch Finanzminister unter Clinton. Er wurde dann Leiter der 2.größten US-Bank, der Citigroup. Sie war einer der Hauptbetreiber der Hypothekenkreditblase und der CDS -Versicherungen, die mit ein Auslöser für den Finanzcrash 2008 war. Die Bank Citigroup kam dann mit in die größte Pleite und wurde mit 100.ten Milliarden aus US-Steuergeldern gestützt. Rubin ist nun der wichtigste Wirtschaftsberater B. Obamas!

Obamas Finanzminister T. Geithner war in leitender Position beim Internationalen Währungsfond (IWF) und dann Vorstandsvorsitzender der Zentralbank von New York, der einflussreichsten Privatbank von New York. Dort werden die Dollars gedruckt. Das heißt, dieselben Leute, die schon vor 10 Jahren und länger für das Finanzkapital führend tätig waren, wurden von Obama in seine Regierung geholt. Dazu schrieb schon 2008 die Finanzpresse (Bloomberg News 7.1.2008), diese Leute sollten nicht als Berater sondern als Tatzeugen wegen der Finanzkrise vorgeladen werden.

DAS FINANZKAPITAL BEHERRSCHT DIE WELT

Doch das Finanzkapital diktiert die Politik. Oft sind seine Vertreter sogar gleichzeitig als Politiker und als Wirtschaftsmagnaten tätig oder sie wechseln nahtlos von einer Funktion in die andere. US-Präsident Obama setzt natürlich nur die Politik der Absicherung der Herrschaft des Finanzkapitals nahtlos nach G.W.Bush fort. Dessen Finanzminister von 2006 – 2009 war H. M.Paulson. Vorher war er sieben Jahre Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs, eines der drei größten Bankhäuser der USA bzw. der Welt. Als Finanzminister unter Bush war er für das Bankrettungspaket von 700 Milliarden Dollar verantwortlich. In seinen Memoiren sagte er auf Kritik dazu, wenn die Regierung das Paket nicht beschlossen hätte: „...Investoren würden Abermilliarden Dollar verlieren!“ Er sprach offen

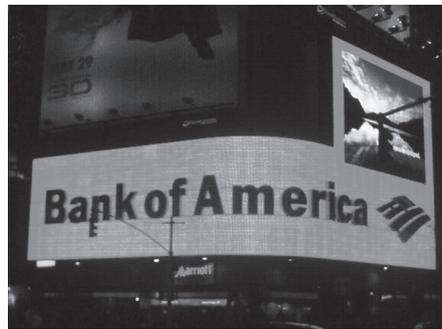
aus, wofür das Geld der Steuerzahler da ist. Goldman Sachs ist jetzt sogar unter Beschuss der US-Finanzaufsichtsbehörde. Die Firma hat über Jahre Investoren Finanzprodukte (Schuldverschreibungen) verkauft, bei denen sie wusste, sie würden zu Verlusten führen. Gleichzeitig hat sie mit einem der größten US-Hedgefonds kooperiert, der auf das Sinken dieser Derivate spekulierte: Finanzbetrug, das ist das tägliche normale Business des Finanzkapitals. Die Freiheit für die Expansion des Finanzkapitals zeigt sich auch daran, dass das Weltfinanzvermögen schon 2007 das Welt-Bruttoinlandprodukt (BIP) um 350% überstieg, 1980 waren es erst 20%! Im Übrigen handeln 94% der 500 größten Unternehmen der Welt mit Derivaten, also mit den erwähnten spekulativen Finanzprodukten! Kein Wunder, da sind viel größere Profite zu machen! Das Handelsvolumen dieser Derivate macht heute allein an den Börsen das Vierzigfache des Welt-Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, das sind 2,2 Billionen Dollar! Dazu kommen noch weitere Geschäfte mit Derivaten außerhalb der Börsen im Ausmaß von ca. 680 Billionen Dollar, das ist nochmals das Zwölffache des Welt-BIPs. Die Wirtschaftskrise 2008 mit der Lehmannpleite diente und dient nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäische Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen.

Die drei größten globalen Finanzriesen, die US-Finanzinstitute Citigroup, JP Morgan Chase und Goldman Sachs haben 2008 nicht nur dem US-Steuerzahler mit Stimmung von Angst und Panik mittels der Regierung 700 Milliarden aus der Tasche gezogen. Sie haben auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochriskanten Wertpapieren geködert. Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren.

DAS FINANZKAPITAL IST HEILIG

Seit der Griechenland-Krise folgt nun die europäische Zentralbank (EZB) dem Beispiel der US-Zentralbank, Anleihen der gefährdeten Staaten als Sicherheiten für Kredite zu akzeptieren und sogar selbst solche Anleihen zu

kaufen. Damit lädt sie die Finanzkapitalisten zu noch mehr Spekulation ein. Diese können sich nun darauf verlassen, dass auch in Europa die Staatsbanken mit Steuermitteln durch ihre Rückkaufgarantie für die Anleihen deren Wert stabil halten, den sie sonst drastisch verlieren würden. Die Finanzhaie spekulieren nun auch mehr gegen Staatsanleihen von Spanien, Portugal aber auch Italien und zuletzt gegen das englischen Pfund! Sie treiben so die Zinsen für Kreditausfallsversicherungen (CDS) in die Höhe. Dann bewerten die Rating-Agenturen, die z.T. großen Investoren, wie z.B. Goldman Sachs gehören, die Bonität dieser Länder schlecht, und so sausen die Staatsanleihen in den Keller. Die betroffenen Länder kommen noch mehr in die Schuldenfalle bis hin zum drohenden Bankrott. Die Regierungen beschließen dann einschneidende Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung! Passiert gerade in Spanien, Portugal, Griechenland und nun auch in England und das wird auch bei uns passieren, spätestens nach den Wahlen. Spekulation wird wie ein Naturgesetz behandelt und das Finanzkapital ist heilig! Das ist die Antwort der Politik: Die Bevölkerung soll zahlen! Die österreichischen „Bankster“ erhoben neulich auf ihrer Tagung in Wien ein Riesengeheul wegen der geplanten Banken-



abgabe von 0,1%. Das wäre eine von Großbanken zu bezahlende Sondersteuer, die, so heißt es, gar nicht wirklich spekulative Geschäfte betreffen würde. Selbst wenn das der Fall wäre, wäre das nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sowohl in Europa als auch in den USA werden tiefer greifende Reformen, wie z.B. die erwähnte Trennung zwischen Geschäftsbanken u. Investmentbanken, auf Druck des Finanzkapitals nicht durchgeführt. So wird weiter mit den Einlagen des kleinen Sparers spekuliert u. die Banken werden dann wieder bei der nächsten Pleite mit Steuergeldern saniert. Das Finanzkapital bleibt „frei“ von wirk-

lichen Beschränkungen. Die Welt wird durch die Profitwirtschaft ruiniert, bis sich die Menschen diesen „ganz normalen Wahnsinn“ des Kapitals nicht mehr bieten lassen. Es wäre ja nicht so schwer: Wetten rund um Staatspleiten ließen sich verbieten. Weiters wäre es sehr wirksam, bei der Eigenkapitalquote der Banken anzusetzen: Diese soll zwar jetzt etwas erhöht werden, im Gespräch ist eine Anhebung um 50% des derzeitigen Wertes. In Österreich hieße dies von den derzeitigen 4% auf 6%. Das heißt, dass dann eine Bank, wenn sie z.B. 100 Millionen hat, „nur mehr“ 1500 Millionen herborgern darf! Während also die Banken sozusagen Narrenfreiheit haben und fast nur mit Fremdkapital arbeiten, sind bei normalen Unternehmen und erst Recht bei den kleinen Häuselbauern in Österreich mindestens 30% bis 40% Eigenkapital üblich, sonst erhalten sie auch keine Kredite! Würde den Banken eine Eigenkapitalquote von z.B. 80% vorgeschrieben, würde sich die Spekulation aufhören! Doch wenn es um Regeln, Gesetze zur Beschränkung des Finanzkapitals geht, dann heißt es, das ist alles ungeheuer schwierig oder nicht möglich bzw. dies würde die Wirtschaft in Gefahr bringen und damit die Arbeitsplätze!

Wenn es jedoch um Gesetze zur Belastung der Bevölkerung geht, dann werden diese ganz schnell beschlossen, wie z.B. bei den Milliarden für das Bankenpaket. Das Finanzkapital hat durch seine immer größere Ausdehnung, durch seine Milliarden Spekulation in den letzten 10 bis 15 Jahren nur einer kleinen Schicht Superreicher noch mehr Reichtum gebracht, der Masse der Menschen brachte es das Gegenteil:

- Nicht Arbeitsplätze, sondern Vernichtung von 100.000en Arbeitsplätzen
- Nicht mehr Wohlstand, sondern mehr Armut
- Nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit, sowohl beim Job als auch bei allen anderen Lebens- u. Arbeitsbedingungen (z.B. durch Sozialabbau /Pensionsabbau/Preistreiber/höhere Steuern..)

Der Lebensstandard der Österreicher ist seit dem Euro gesunken!!!! Wir brauchen weder eine Börse, noch brauchen wir auch Aktienspekulation – das nützt nur der kleinen Minderheit von Reichen! Bezüglich der Schulden der Staaten bei den Banken und beim IWF lässt sich feststellen: Schon viele Länder, allerdings in der Nachkriegszeit nur Länder

außerhalb Europas, konnten irgendwann ihre riesigen Schulden bei IWF, Weltbank bzw. bei großen ausländischen Banken nicht mehr zahlen und stellten ihre Zahlungen ein. z.T. haben sie die Kontrakte mit dem internationalen Finanzkapital gekappt und einen selbständigeren, nationalen Kurs verfolgt. Diesen



Ländern ging es damit nicht schlecht. Die Krise auf den Finanzmärkten, der Wirtschaftseinbruch, die Krise der Staatsfinanzen, die Verschuldung, all dies ging mehr oder weniger von den USA aus und dort ist auch der Brennpunkt der Krisenentwicklung. Die Supermacht USA hat heute 390% Gesamtverschuldung des Bruttosozialprodukts! Die USA hat einen Schuldenberg von 49.000 Billionen US-Dollar angehäuft und sie gerät wirtschaftlich gegen über Europa und China zunehmend ins Hintertreffen. Der Ausweg der Supermacht USA ist der Krieg! Sie setzt immer mehr auf die militärische Karte. Sie führt Kriege überall auf der Welt, wo es was zu holen gibt, wie Erdöl, Erdgas oder sonstige Bodenschätze bzw. sie zettelt Stellvertreterkriege an, um ihren Einfluss auszubauen, um die Herrschaft über die Welt zu erringen. In der Konkurrenz zu den USA setzen zunehmend die EU-Länder mit der EU-Armee und Aufrüstung auf die gleiche Karte!

DIE REICHEN WERDEN NOCH REICHER, DIE BEVÖLKERUNG ZAHLT DIE RECHNUNG

Heute will man uns einreden, dass kein Geld, keine Mittel da wären, sodass alle Menschen ihr Auslangen fänden. Doch das stimmt nicht! Es ist längst genug für alle da. Es ist nur ungerecht verteilt! In ganz Europa will man uns weismachen, dass wir alle, insbesondere die Griechen, „über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Welch ein Hohn für die

Masse der Menschen in Europa! Griechenland hat das 2.niedrigste Lohnniveau in der EU, ein monatliches Durchschnittseinkommen von 700,-€ - 1000,-€ und ein Fünftel der 11 Millionen Griechen lebt unter der Armutsgrenze. Und Österreich hat heute die höchste Arbeitslosenrate seit vielen Jahren. Das heißt, „die (Lebens) Verhältnisse der Masse der Menschen werden schlechter! Jedoch erhielten z.B. Österreichs Banken schon letztes Jahr 10 Milliarden Euro an Steuergeldern, die Hypo Alpe Adria Bank z.B. 1,5 Milliarden. Nun sagt der Chef dieser Bank, dass weitere Problemkredite der Bank in der Höhe von 8 Milliarden ausfallgefährdet sind. Bald wird der Finanzminister der „notleidenden Bank“ wieder mit unseren Geldern unter die Arme greifen. Des Bankchefs weitere Pläne: Personalabbau von 8000 auf 5000, Schließung verschiedener Institute. Ziel sei es, die Bank in drei bis fünf Jahren zu verkaufen, geplanter Kaufpreis 1,5 Milliarden €, genau so viel, wie wir als Steuerzahler ungefragt bis jetzt bezahlt haben. D.h., die Regierung sorgt dafür, dass auf Kosten des Steuerzahlers die Aktionäre der Banken weiter „in besonders guten Verhältnissen“ leben. Eine der Wurzeln der Wirtschafts- u. Finanzkrise ist die immer weitere Schere zwischen den sinkenden Einkommen vor allem der unselbstständig Erwerbstätigen und dem ungeheuren Anstieg der Vermögen einer kleinen Schicht Reicher und Superreicher. Die globalen Vermögenswerte haben im Vorjahr um 11,5 % auf 92 Billionen € zugenommen. Vor allem in den USA, aber auch in Deutschland und Österreich kam es dagegen im letzten Jahrzehnt zu niedrigen Löhnen und stagnierenden Realeinkommen. In Deutschland z.B. sind die Löhne zwischen 2000 u. 2008 sogar um 0,8% gesunken. In Österreich hat sich seit dem EU Beitritt 1995 z.B. der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttosozialprodukt von 62% auf 55 % im Jahr 2008 reduziert. Die Gewinneinkommen sind in dieser Zeit umgekehrt von 38% auf 45 % gestiegen. Die Gewinne der Betriebe und Unternehmen plus Selbstständigeneinkommen haben in Österreich von 1995 bis 2008 um ca. 100 Milliarden zugenommen. Davon entfielen 70% auf die großen Konzerne bzw. sonstige große Kapitalgesellschaften. In der gleichen Zeit betrogen die Lohn- und Gehaltsverluste der Arbeiter und Angestellten auch knapp hun-

dert Milliarden Euro. Die Gewinnausschüttungen der Aktionäre haben sich im selben Zeitraum sogar verfünffacht. (Beigewurm –Attac Mythen der Krise) Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Österreich sind seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. Das bedeutet auch einen Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen. Die Lohnquote in Österreich hat sich in den letzten Jahren stetig verringert, besonders stark seit dem Jahr 2000. (2000 noch 61% des gesamten Volkseinkommens, 2008 nur noch 56%) D.h. dass die Umverteilung des Geldvermögens auch in Österreich in den letzten 10 Jahren noch stärker zugunsten der Reichen und Superreichen erfolgt ist. Heute besitzen 0,1 % der Österreicher mehr als 8% des Brutto-Geldvermögens, das ist genauso viel wie die gesamte untere Hälfte der Haushalte. Die obersten 10% besitzen heute 54% des Geldvermögens! Die Zahl der Millionäre in Österreich erhöhte sich im Vorjahr von 35.000 auf 39.000, ihr Vermögen stieg um über 10% auf 550 Milliarden €. Das Volk jedoch zahlt! 73% aller Steuereinnahmen kommen aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer! Je schrankenloser, je freier das Finanzkapital auf der Welt schalten kann, umso schlechter geht es der großen Mehrheit der Menschen! Das System des Kapitalismus birgt einen unlösbaren Widerspruch in sich: Jeder Unternehmer zahlt seinen Mitarbeitern so wenig wie möglich und wünscht sich gleichzeitig, dass die Menschen genug Geld haben, um sich all das Zeug kaufen



zu können, damit der Absatz und damit der Profit der Unternehmer immer weiter steigt. Diese ökonomische Krise fördert ewig die Konkurrenz zwischen den großen Kapitalgruppen. Um die Profite zu sichern und auszubauen, verschärfen sich die Bestrebungen, Macht, Einflussphären, Rohstoffquellen zunehmend militärisch zu erringen.

*GewerkschafterInnen gegen
Atomenergie und Krieg –
Nr. 2/2010 – www.atomgegner.at*

ZUR VERTEILUNGSDEBATTE

WIE GERECHT IST DER SOZIALSTAAT?

Die Reichen werden reicher! Die Gewinne für die Oberklasse, sind die Opfer für Arbeiter, Angestellte und Pensionisten. Die breite Masse schaut durch die Finger!

Das gesamte Privatvermögen aller ÖsterreicherInnen (Geld, Immobilien, Beteiligungen) beträgt derzeit (2006) geschätzt ca. 1.000 Mrd. €. Dieses Vermögen ist auf wenige Menschen konzentriert – die reichsten 1% der Bevölkerung haben mehr Anteil (340 Mrd.) am Gesamtvermögen als die untersten 90% (317 Mrd.). Von den reichsten 1% besitzt ein/e Reiche/r durchschnittlich 5,4 Mio. €. Umgekehrt: Ein Mensch wird als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihm weniger als € 848,- (60 % des Medianeinkommens, netto inkl. aller Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe etc.; Wert für 2004) monatlich zur Verfügung stehen. Das sind 1.030.000 Menschen oder 13,2 % der Bevölkerung Österreichs! Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind fast die Hälfte (46 %) auch erwerbstätig. Das Haushaltseinkommen von 8 % der Erwerbstätigen liegt unter

der Armutsgefährdungsschwelle (= working poor). Das sind ca. 250.000 Menschen! Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet auch heute noch eine akute Gefahr, arm zu werden. Im Durchschnitt ist in Österreich jede/r vierte ArbeitnehmerIn (rund 800.000 Menschen) einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Durch die Krise hat sich dieses Risiko weiter erhöht! Der österreichische Sozialstaat erfüllt eine wichtige Funktion: Ohne Sozialtransfers wären statt 13,2 % sogar 42 % der Bevölkerung Österreichs armutsgefährdet. Trotzdem liegen zahlreiche Sozialleistungen unter der Armutsgefährdungsgrenze!

„SOZIALPARADIES“ ÖSTERREICH?

Die mehrmals verschobene und nun für 2010 vorgesehene „Mindestsicherung“, soll 733,00 Euro im Monat ausmachen, und liegt damit weit unter der Armutsgrenze. Trotzdem spielt ÖVP-General-

sekretär Fritz Kaltenegger künftige Mindestgeldbezieher gegen Menschen die bei voller Berufstätigkeit ein sehr geringes Einkommen haben aus und bezeichnet Sozialminister Hundstorfer die x-mal verschobene Regelung als „sozialen Meilenstein“. Beides ist eine Schande, zynisch und asozial. Wie schaut Österreichs „Sozialparadies“ aus? Laut Eurostat gibt es in 20 der 27 EU-Länder bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. In Österreich wird nur per Kollektivvertrag 1.000 Euro vorgeschlagen. Mit Österreich vergleichbare Länder wie Irland (1.462 Euro), Holland (1.357) oder Belgien (1.336 Euro) haben höhere, zudem gesetzlich garantierte Mindestlöhne. Diese sind fast doppelt so hoch wie die bei uns kommende gesetzliche Mindestsicherung.

Quellen: Leseheft 1 – Armut; OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung, zusammengestellt bzw. ergänzt von <http://proSV.akis.at>

MINDESTSICHERUNG?

BEDARFSORIENTIERT?

Die „Mindestsicherung“ wird Gesetz. Im vollen Wortlaut heißt sie „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ (BMS). Doch welche Bedürfnisse werden da befriedigt?

Weil die Finanzkrise zuschlägt, wird einerseits so getan, dass auch für die Ärmsten was getan wird. Gleichzeitig wird der Neid zwischen denen die Arbeit haben und denen die keine haben geschürt. Letzlich sollen wir arbeitende Menschen aufeinander losgehen. Die Mindestsicherung ist keine wirkliche Besserstellung gegenüber früher. Ganz zu schweigen davon, dass von den Schuldigen der Krise, den Bankern und Bossen damit gleichzeitig abgelenkt wird.

„ ... Das aus dem Finanzministerium vorgebrachte Beispiel mit einem Familienvater, der seine Arbeitszeit reduziert, um dann Sozialhilfe zu beziehen, ist höchst unseriös und unlauter. Denn wer zur Zeit ein Sparsbuch hat, ein nicht zur Arbeit benötigtes Auto, eine private Pensionsvorsorge

oder auch nur eine Sterbegeldversicherung, muss alles verkaufen, das Geld verbrauchen, bevor er sich überhaupt aufs Sozialamt trauen kann. Bei Wohnungseigentum sichert sich der Staat noch im Grundbuch ab. Neben PartnerInnen im gemeinsamen Haushalt werden auch andere Verwandte zu Unterhaltsleistungen verpflichtet. Nur wenn das Haushaltseinkommen unter der Sozialhilfe-Schwelle liegt, besteht ein Anspruch. Wer Sozialhilfe bezieht, erwirbt zudem weder Ansprüche in der Arbeitslosen- noch in der Pensionsversicherung.

BEISPIEL WOHNKOSTEN

Der Wohnkostenanteil ist pauschal geregelt, die Abdeckung der realen Wohnkosten ist eine Kann-Leistung der Länder. Nach derzeitigem Wissen-

stand erhält der Alleinunterstützter in einem Haushalt € 744, davon sind 25% (€ 186,-) als Wohnkostenanteil enthalten, € 558,- bleiben für das Bestreiten aller anderen Kosten (Nahrung, Kleidung, Heizen,...). Erfahrungsgemäß können Mieten nicht mit 25% eines Einkommens abgedeckt werden, selbst Mieten für Gemeindewohnungen werden damit nicht abgedeckt!!! Besteht eine Wohngemeinschaft zweier Antragsteller, so bekommen diese jeweils automatisch nur 75% von € 744,-, also jeweils € 558,-, wobei darin bereits 25% Wohnkostenaufwand enthalten ist. D.h. diese Personen haben € 418,- pro Monat zur Deckung des Lebensunterhalts!!!

Der wesentlichste Unterschied zur früheren Sozialhilfe liegt darin, dass es Möglichkeiten gibt, die BMS auf 0% zu kürzen und

zwar in Fällen, wo

- sich der Bezieher beharrlich weigert, eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen, Schulungen und Wiedereingliederungsmaßnahmen nicht besucht bzw. nicht alle zumutbaren Anstrengungen zur Erlangung einer Beschäftigung unternimmt
- oder der Aufforderung nicht nachkommt, sich ärztlich untersuchen zu lassen.

Durch diese Regelung gefährdet sind speziell Personen, die für eine Invaliditäts-/Berufsunfähigkeits-/Erwerbsunfähigkeitspension zu „gesund“, für die Vermittelbarkeit auf den bestehenden Arbeitsmarkt aber zu krank sind bzw. psychisch kranke Personen, die aufgrund ihrer Erkrankung nicht in der Lage sind, die für eine oben genannte Pension notwendigen Schritte zu ergreifen.

KÜRZUNG DER BMS

Ansprüche auf Unterhalt, auf die beispielsweise im Zuge einer einvernehmlichen Scheidung verzichtet wurden, können 3 Jahre rückwirkend angerechnet werden. D.h. dass die Unterhaltszahlungen, auf die verzichtet wurde, aliquot auf die Mindestsicherung so lange angerechnet werden, bis die Summe erreicht ist. Ebenso wird verfahren, wenn

eine Person in den letzten 3 Jahren Vermögen verschenkt oder ein Erbe nicht angetreten hat. Die BMS wird dann so lange um 25% gekürzt, bis die Summe der Kürzungen den verschenkten oder erblich nicht angetretenen Wert erreicht hat.

MITWIRKUNGSPFLICHT

Die Vorgaben zur BMS bezüglich Beschäftigungsaufnahme sind für BezieherInnen der BMS analog zum Arbeitslosenversicherungsgesetz bezüglich Zumutbarkeit, Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit. Zusätzlich besteht die Verpflichtung, eine andere Beschäftigung anzunehmen, wenn die bestehende Beschäftigung nicht den Lebensunterhalt (LU) deckt und gleichzeitig BMS bezogen wird. In diesem Fall muss von Amts wegen eine Frist festgesetzt werden, innerhalb derer man eine andere Beschäftigung zu finden hat. Gelingt dies nicht, dann muss auch jede andere Beschäftigung angenommen werden, die den LU deckt, auch wenn diese dann nicht mehr unmittelbar der beruflichen Eignung oder Vorbildung entspricht. Auch hier eine Analogie zum Arbeitslosenversicherungsgesetz Notstandshilfe. Wie realistisch ist die Forderung nach Annahme einer Beschäftigung, die den LU deckt, bei der

derzeitigen Arbeitsmarktlage bzw. bei angebotenen Beschäftigungen, deren Entlohnung das gewünschte Kriterium nicht erfüllen?

SOFORTHILFE-AUSHILFE

Die in der bisherigen Sozialhilfe verankerten Bereiche der Soforthilfe und Aushilfe in besonderen Lebenslagen fehlen in dem vorliegenden Gesetzesentwurf gänzlich!!!!

MYTHOS "BEQUEMES LEBEN"

Nach Abzug der Fixkosten fürs Wohnen bleiben rund ein Drittel der Menschen, die sich hilfesuchend an die Caritas wenden, weniger als 4 € pro Tag und Person im Haushalt übrig, um alle anderen Bedürfnisse abzudecken.

MYTHOS "HÄNGEMATTE"

Beim Sozialhilfe-Bezug zeichnet sich statt eines steigenden Missbrauchs ein gegenteiliges Szenario ab: Laut einer Studie des Europäischen Wohlfahrtszentrums nehmen über 50% aller Bezugsberechtigten keine Sozialhilfe in Anspruch.

Die wahren Probleme in der Sozialhilfe lauten also nicht „soziale Hängematte“ sondern „Nichtfinanzierung“.

(Quelle: Armutskonferenz; Gesetzesentwurf)

EU-KREDITE FÜR GRIECHENLAND?

An Rüstungsaufträge für Deutschland und Frankreich geknüpft!

Erst vor kurzem ist nun an die Öffentlichkeit gedrungen, dass Merkel und Sarkozy die Bewilligung neuer Kredite für Griechenland davon abhängig gemacht haben, dass Griechenland die Rüstungsaufträge im Umfang von mehreren Milliarden Euro bei deutschen und französischen Unternehmen "bestätigen" müsse. Damit wird sichergestellt, dass die EU-Kredite umgehend wieder auf den Konten von EADS, Thales, Thyssen-Krupp und Siemens landen.

Allein für den Kauf neuer Rüstungsgüter gibt die Regierung in Athen im laufenden Jahr 2,8 Milliarden Euro aus, das sind 60% der Einsparungen, die nun im sozialen Bereich geplant sind. Alle aktuellen Sparmaßnahmen der griechischen Regierung bringen 2010 Einsparungen im Wert von

4,8 Milliarden Euro. Allein für den Kauf neuer Rüstungsgüter gibt die Regierung in Athen im laufenden Jahr 2,8 Milliarden Euro aus. Damit entsprechen allein die Neueinkäufe von Waffen bereits knapp 60 Prozent der genannten Einsparungen, die im sozialen Bereich geplant sind. Der Großteil der Waffenlieferungen kommt aus Deutschland und Frankreich. Im Februar 2010 hat der deutsche Außenminister Westerwelle Griechenland öffentlich aufgefordert, sich endlich für den Ankauf von Eurofightern zu entscheiden.

Dass Korruption in Griechenland ein großes Problem ist, haben wir in letzter Zeit oft gehört. Man sollte vielleicht auch dazu sagen, woher unter anderem, aber wohl nicht zuletzt - die Schmiergelder fließen. So gab der Münchner Rüs-

stungskonzern Siemens in jüngster Zeit rund 100 Millionen Euro für die Bestechung griechischer Politiker beider Großparteien - der Sozialdemokraten und Konservativen - aus Eines «Boom für Waffen made in Germany» stellt auch der Mitte März veröffentlichte Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri fest. Seit 2005 hätten sich die deutschen Waffenausfuhren vor allem durch den Verkauf von U-Booten und Panzern mehr als verdoppelt. Wichtigster Abnehmer für die deutsche Rüstungsindustrie waren nach der Türkei, an die 14 Prozent der Ausfuhren gingen, das mit der Türkei wettrüstende Griechenland, an das 13 Prozent der deutschen Waffen gelangten.

*(Quelle: NZZ, 22.3.2010)
(Werkstatt, leicht gekürzt)*

EU WILL, DASS WIR BIS 70 ARBEITEN?

PENSIONEN – UNFINANZIERBAR?

Tatsache ist, dass derzeit nur 4,3 Milliarden Euro staatliche Zuschüsse für ASVG-Pensionen, jedoch 3,2 Milliarden für Gewerbe- und Bauernpensionen sowie 4,8 Milliarden für den öffentlichen Dienst geleistet werden, was einen durchschnittlichen Zuschuss von 23 Prozent ergibt.

Der Bund hat mit dem ASVG 1956 die Verpflichtung übernommen, einen Drittelzuschuss zu den Pensionen zu übernehmen. Dies wurde im Schnitt in der Geschichte des ASVG noch nie erreicht. Während bei ASVG-Pensionen der Zuschuss mit durchschnittlich 17 Prozent weit vom vereinbarten Drittel entfernt ist, leistet der Staat für Gewerbspensionen 52 Prozent, für Beamte 57 Prozent (für diese jedoch auch als Dienstgeberbeitrag) und für Bauern sogar 81 Prozent Zuschuss!

ASVG-Versicherte, vor allem Angestellte finanzieren sich mit Abstand den größten Teil ihrer Pension nicht nur sondern über ihre Steuern finanzieren sie die hohen Bundeszuschüsse für Selbständige und Bauern mit.

Obwohl die Einnahmen für die Sozialversicherung durch steigende Arbeitslosigkeit, den Trend zu prekärer Beschäftigung, Teilzeitarbeit oder Geringfügigkeit sinken, damit auch die Pensionsfinanzierung einschränken, wird mit den kommenden Sparpaketen weiter bei den „Kleinen Leuten“ gespart und die Reichen weiter nicht besteuert. Damit werden sozialen Versicherungen wie Kranken oder Pensionsversicherung bewusst in die Pleite getrieben und das „Argument“ vorbereitet, das entweder mehr Selbstbehalte kommen müssten oder eben mehr privat „vorgesorgt“ werden müsse. Bei den Reichen und Vermögenden aber liegen die Milliarden, die uns für die Erhaltung unseres Sozialsystems abgehen!

Daher: Steuern auf Profite und Millionenvermögen und Einführung einer Wertschöpfungsbesteuerung bzw. Bemessung der Sozialabgaben. Wir hätten kein Finanzierungsproblem! Unmöglich, unfinanzierbar?

Laut dem „Wertschöpfungsbarometer“ der AK-ÖÖ betrug selbst im Krisenjahr 2008 die Differenz zwischen Personalaufwand und Wertschöpfung in mittleren und großen Unternehmen durchschnittlich 37.000 Euro pro Beschäftigten und lag damit nominell um 53 Prozent über dem Wert von 2003.



proSV - Plattform:

Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

<http://prosv.akis.at>

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Saniierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift

"Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

103/10

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Was für ein "Zufall"!? **USA finden gewaltige Bodenschätze in Afghanistan**

Ausgezogen gegen die Taliban, fündig geworden bei Rohstoffen.

Pentagon-Vertreter und amerikanische Geologen sind in Afghanistan laut einem Bericht auf Rohstoffvorkommen im Wert von einer Billion Dollar gestoßen. US-General Petraeus ist lt. New York Times – Internetseite vom 14.6.10 begeistert. Einer internen Ministeriumsnotiz zufolge könnte Afghanistan für Lithium den Stellenwert erhalten, den Saudi-Arabien für Öl hat. Lithium ist der Kernrohstoff für die Produktion von Akkus für Laptops oder Handys. "Es gibt hier ein erstaunliches Potenzial", erklärte der Kommandeur des Central-Command der US-Streitkräfte, General David Petraeus. Auch die Eisen- und Kupferadern seien groß genug, um das Land zu einem der führenden Produzenten zu machen, berichtete die "New York Times". Laut Petraeus bieten die Funde Afghanistan "atemberaubende Möglichkeiten". Entdeckt wurden die Rohstoffvorkommen mit Hilfe von Karten- und Datenmaterial russischer Bergbauexperten, die noch aus der Zeit der sowjetischen Besatzung in den 1980er-Jahren stammen. Die Vorkommen sollen über das gesamte Land verstreut sein - so auch im Süden und Osten an der Grenze zu Pakistan, wo der Taliban-Widerstand besonders ausgeprägt ist.

Quelle: New York Times; Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit.

Höchstsicherung: **Bedarfsungerecht!**

Der Ex-SP-Kanzler Alfred Gusenbauer übernimmt den Vorsitz des Strabag-Aufsichtsrates und der Privatstiftung von Hans Peter Haselsteiner.

Ex-Kanzler Gusenbauer macht Karriere im Reich des Bauunternehmers Hans Peter Haselsteiner: Er übernimmt den Vorsitz der Haselsteiner-Familienstiftung sowie im Aufsichtsrat des Baukonzerns Strabag. Mit dem Strabag-Job kann der ehemalige SPÖ-Chef Gusenbauer sein Einkommen um 50.000 Euro jährlich aufbessern, die Dotierung des Vorsitzenden der Privatstiftung wurde nicht bekanntgegeben. Der Ex-SP-Spitzenfunktionär steigt damit in die Klasse der Eliten, die keine Probleme mit Parteigrenzen haben wenn's um's Geld geht ein: Raiffeisen-Konrad, Salzbaron-Androsch, Fiona-Grasser usw. usf.

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO
E-Mail Adresse